

Rede

Dr. Giorgos Vichas

Träger des Medical

Peace Work Awards

2016

Ich bin geehrt und gerührt, heute unter Euch zu sein. Die große Ehre und der Preis gelten eigentlich den Ehrenamtlichen der Sozialen Arztpraxis Elliniko, aber auch allen anderen sozialen Einrichtungen in Griechenland, die in all den Jahren der Krise kämpfen, um das Selbstverständliche zu gewährleisten, nämlich das Grundrecht auf medizinische Versorgung.

Ich danke Euch nicht nur für die Ehrung durch den Preis, sondern auch für die Möglichkeit, Euch die tatsächliche Situation nahezubringen, die die Griechen durch die Sparpolitik und Memoranden erleben. Die tragischen Folgen im Gesundheitswesen seit 2010 sind folgende:

In den letzten 6 Jahren erleben wir nach der Umsetzung politischer Entscheidungen im Gesundheitswesen eine große humanitäre Krise, im Zusammenhang mit anderen politischen Ereignissen wie dem Anstieg der Arbeitslosigkeit und einer dramatischen Kürzung von Löhnen und Renten.

Diese politischen Entscheidungen sind:

1. Drastische Kürzungen bei den Ausgaben im Gesundheitswesen. Gemäß den Angaben der OECD gingen diese von 2009 bis 2015 jährlich um ca. 9% zurück, während sie bis dahin jährlich um 5,5% gestiegen waren. Die Ausgaben im öffentlichen Gesundheitswesen betragen 2015 knapp 9,5 Milliarden €, weniger als 5% des Bruttoinlandproduktes. 2010 hatten sie 15,5 Milliarden betragen.

2. Die Abschaffung von Grundversorgungseinrichtungen und die Entlassung von 3.000 Ärzten 2014, was zur Folge hat, dass die Grundversorgung nicht gewährleistet ist.

3. Schließung von Krankenhäusern und Kliniken in ganz Griechenland.

4. Starke Zunahme der Nichtversicherten – mehr als 3 Millionen – was zur Folge hatte, dass diese bis zum Sommer 2014 keinen Zugang zum öffentlichen Gesundheitswesen (Grund- und fachärztliche Versorgung) hatten.

5. Steigende Arzneimittelkosten für die Patienten.

6. Einstellungsstopp für Ärzte in Krankenhäusern.

7. Emigration vieler junger Ärzte ins Ausland.

Nichtversicherte Patienten

Vor wenigen Monaten ist ein neues Gesetz für die nichtversicherten Patienten verabschiedet worden, in der Hoffnung, die Abläufe zu verbessern und das große Defizit des vorherigen Gesetzes von 2014 zu beseitigen.

Mit der Umsetzung des ersten Memorandums 2010 begann das Drama der Nichtversicherten, deren Zahl in diesen 5 Jahren mehr als 2,5 Millionen überstieg.

Bis zum Sommer 2014 hatten nichtversicherte Patienten weder Zugang zur Grund- noch zur fachärztlichen Versorgung. Tausende von Patienten, viele mit schwerwiegenden gesundheitlichen Problemen, blieben ohne ärztliche, pharmakologische und Heilmittelversorgung.

Der Ausschluss der Nichtversicherten hat zur dramatischen Verschlechterung in allen Statistiken geführt. Das Ergebnis ist, dass unser Land seit 2012 in allen öffentlichen Statistiken eine Zunahme von Morbidität und Mortalität aufweist (z.B. ELSTAT): Zunahme der Kindersterblichkeit, Zunahme der Totgeburten etc.)

In dieser ganzen Zeit haben die Regierenden – insbesondere die Gesundheitsminister – nichts getan, um die Probleme aufzudecken, sondern mit großer Frechheit und gewissenlos behauptet, es gäbe gar kein Problem. Gleichzeitig starben Krebspatienten und andere Kranke ohne Versorgung.

Auf Druck der Bewegung der Sozialen Praxen hat die damalige Regierung im Sommer 2014 ein Gesetz verabschiedet, das Nichtversicherten endlich Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem verschaffen würde. Faktisch wurde dieser Zugang aber nicht erreicht.

Nichtversicherten fehlt weiterhin der Zugang zu diagnostischen Untersuchungen. Die Krankenhausverwaltungen geben weiterhin die Kosten an die Patienten weiter und zwingen sie, Kostenübernahmeerklärungen zu unterschreiben.

Selbstverständlich haben die Sozialen Arztpraxen, die bis Sommer 2014 existierten, ihre Arbeit fortgeführt, mit zunehmenden Zahlen nichtversicherter Patienten und schrittweiser Errichtung neuer Sozialer Praxen.

In dieser Situation hat die heutige Regierung das neue Gesetz verabschiedet, und behauptet, die Nichtversicherten hätten gleichen, rechtmäßigen Zugang zum öffentlichen Gesundheitssystem.

Als Zwischenbilanz hier einige Tatsachen, auf die unsere Regierung Antworten finden muss.

Erstens: Wir können nicht von gleichem und vollständigem Zugang der Patienten zu diagnostischen Untersuchungen sprechen, wenn der Zugang nur das öffentliche Gesundheitssystem betrifft. Wir haben immer noch Bürger zweier Klassen: die Bürger mit Zugang sowohl zum privaten als auch zum öffentlichen Sektor und die Nichtversicherten, mit Zugang nur zum öffentlichen System.

Zweitens: Die Bereitstellung von 100 Mio. € reichen für die Kosten der Nichtversicherten nicht aus.

Drittens: Die Abschaffung der Bürokratie durch dreiköpfige Gutachter-Gremien, die den Ausschluss von der kostenlosen Pflege bedeutet, ist ein positiver Schritt. Ob er funktioniert, werden wir in der Praxis sehen.

Viertens: Migranten ohne gültige Papiere sind weiterhin ausgeschlossen, mit Ausnahme von Minderjährigen, Schwangeren usw., was positiv ist.

Das neue Gesetz für die Kostendeckung der Nichtversicherten ist ein Schritt, der aber nur halbherzig ist,

- wenn Nichtversicherten nicht gleichen und vollständigen Zugang erhalten,
- wenn der öffentliche Gesundheitsetat nicht wesentlich aufgestockt wird,
- wenn die Grundversorgung nicht besser wird,
- wenn die ESAN nicht abgeschafft wird.

Die Auswirkungen der Austeritätspolitik

Zum ersten Mal in Friedenszeiten gibt es in Griechenland ein negatives Verhältnis von Geburten und Todesfällen. 2014 hatten wir 92.148 Geburten, das bedeutete einen Rückgang von 2,1% und 113.740 Tote, eine Zunahme von 1,17% gegenüber 2013.

- Zunahme der Kindersterblichkeit von 1,9% auf 2,6% (2012-2013). Aus der Studie HELLAS HEALTH 2015 des Instituts für soziale - und Vorsorgemedizin geht hervor:
 - 1 von 4 Bürgern, die regelmäßig auf Medikamente angewiesen sind, musste seine Ausgaben für den alltäglichen Bedarf einschränken.
 - 1 von 5 in dieser Gruppe kann die Medikamente nicht bezahlen und erhält sie daher verspätet oder gar nicht.
 - 1 von 3 Krebskranken hat Probleme, Zugang zur Therapie zu bekommen.

Gemäß der Daten von ELSTAT kann die Zunahme der Todeszahl durch Herzerkrankungen (31.837 Tote 2010, 32.735 in 2012), Tumore (27.177 in 2010, 28.201 in 2012), Gefäßerkrankungen im Gehirn (14.910 in 2010, 15.868 in 2012) erklärt werden.

Eine einfache Erklärung dafür geben verschiedene Studien: Die ökonomisch bedrängten Menschen verkürzen oder unterbrechen die Therapie für Bluthochdruck, Hypercholesterinämie, Diabetes, Herzinsuffizienz usw. Diese Faktoren stehen in Verbindung mit der Mortalität durch Herzkrankheiten und Schlaganfälle.

Die zunehmende Zahl von Krebstodesfällen kann durch die Unterbrechung der zytostatischen Therapie erklärt werden. Kranke sind oftmals nicht versichert und haben kein Geld für die notwendigen Medikamente.

Wenn die Sparpolitik Gegenstand einer klinischen Studie gewesen wäre, hätten die beaufsichtigenden staatlichen Institutionen in den USA und in der EU (Food and Drug Administration FDA und European Medicines Agency EMA) diese Studie frühzeitig abbrechen müssen, wegen der gehäuft auftretenden Todesfälle! Leider berücksichtigen weder der IWF noch die EZB diese Gegebenheiten unseres Landes.

Diese Daten beweisen, dass die „Sparmaßnahmen“ nicht nur eine bittere, sondern tödliche Pille sind. An den Nebenwirkungen werden die Bürger dieses Landes viele Jahre leiden. Wir müssen das Gesundheitswesen aus dem Würgegriff der Memoranden befreien. Die Austeritätspolitik muss ebenso gestoppt werden wie die verbrecherische Reduktion der Ausgaben.

Die griechische Regierung muss die tödliche Sparpolitik, die unserem Land aufgezwungen wird und unmittelbares Ergebnis der Austeritätspolitik ist, in ganz Europa öffentlich machen.

Sie soll fordern, dass das Gesundheitswesen von den absurden und besessenen Sparvorstellungen der sogenannten "Institutionen" ausgenommen wird.

Nur dann sind die Voraussetzungen für ein öffentliches Gesundheitswesen gegeben, in dem die Bürger gleichen, vollständigen und kostenlosen Zugang zum Gesundheitssystem haben.

Ich danke Euch noch einmal für die große Ehre des Preises und fordere Euch auf, unsere Stimmen zu vereinigen: Lasst uns gemeinsam kämpfen, damit wir die Sparpolitik beenden, die sich als tödliches Virus ausbreitet, um zusammen ein Europa der Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit zu verlangen, ein Europa dessen Mittelpunkt die Menschen sind und nicht die Banken.

Der Kampf ist schwer, aber wir schöpfen Mut und Zuversicht aus den Worten des Schriftstellers Nikos Kazantzakis‘:

„Es gibt in dieser Welt ein geheimes Gesetz (...), hart und unantastbar: Am Anfang triumphiert das Böse, aber am Ende wird es immer besiegt. Lasst Euch nicht herab zu fragen: Werden wir siegen? Werden wir besiegt werden? Kämpft!“